

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge, Fernsprecher 53. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Belegpreis: Die Belegpreise sind monatlich zu zahlen. Für den Postweg sind 20 Pf. zu zahlen. Die Belegpreise sind für den Postweg zu zahlen. Die Belegpreise sind für den Postweg zu zahlen.

Nr. 26

Donnerstag, den 31. Januar 1918

13. Jahrgang

Ein Luftangriff auf Paris.

Neue Erklärungen gegen den Streik. — Die Zustände an der russischen Front. — Kämpfe zwischen Russen und Rumänen.

An die Adresse des Herrn Trozki.

In West-Bukowina sollen die Verhandlungen fortgesetzt werden. Die Unterhändler der Mittelmächte sind dort wieder eingetroffen, nach wie vor bereit, mit den russischen Vertretern zu einer Uebereinstimmung und zu einem möglichst dauernden Frieden zu kommen. Noch läßt sich nicht übersehen, wie die Verhandlungen sich gestalten werden. Das eine aber ist schon heute gewiß, daß sie nur dann förderlich sein können, wenn sie von russischer Seite in einem ganz anderen Geiste, als dem bisher obwaltenden, geführt werden. Vor allem muß sich Herr Trozki, oder wer auch immer die russische Delegation führt, darüber klar sein, daß die Besatzungsstaffeln, die von den russischen Vertretern bisher angewandt worden ist, nicht beibehalten werden kann. Es wäre für Deutschland und seine Bundesgenossen höchst unvorteilhaft, wenn sie sich auch weiterhin ergebnislos mit den Theorien, mit denen sie besonders in der letzten Periode der Verhandlungen überhäufelt worden sind, herumzuschlagen. Wir haben nicht die Absicht, in West-Bukowina über komplizierte Probleme der politischen Weltanschauung Klarheit zu schaffen, sondern wir wollen eine sehr reale Aufgabe lösen, nämlich die, sowohl Rußland wie uns den Frieden zu bringen. Zu ist es unbedingt notwendig, daß nüchtern und sachlich über die entscheidenden Fragen gesprochen wird. Ueberflüssige Abschweifungen aber müssen unterbleiben und besonders dann, wenn sie offensichtlich dazu dienen sollen, die Verhandlungen hinzuhalten. Für dergleichen haben wir einfach keine Zeit. Nicht, daß wir besondere Eile hätten, mit Rußland zu einem Frieden zu kommen; aber wir haben so viel anderes zu tun, daß uns für zwecklose Redebalgen wirklich jede Stunde zu schade sein muß.

Des Weiteren werden die Russen sich dazu bequemen müssen, die Versuche, an denen sie es bisher nicht fehlen ließen, ihre besonders rot gefärbte Revolutionspropaganda in unserer Ostfront und darüber hinaus in unser Land zu tragen, aufzugeben. Sie werden inzwischen eingesehen haben, daß das deutsche Volk und die Armeen der Mittelmächte viel zu sehr mit ihren Regierungen übereinstimmen, als daß verachtliche Verführungskünste auch nur die geringste Aussicht auf Erfolg haben könnten. Der Verhandlungsstaat von West-Bukowina ist nicht der Ort, von dem aus der Ruf nach einer allgemeinen Weltrevolution ergehen kann. Jedenfalls haben wir nicht die geringste Ursache bei derartigen sinnlosen Versuchen Zuhörer zu sein. Ebenfalls wie wir uns in Rußlands innere Angelegenheiten mischen, ebensowenig können wir gestatten, daß die Maximalkisten ihre und besonders unsere Zeit damit vergeuden, für ihre angenehmen kausischen Zustände bei uns Propaganda zu machen.

Zum dritten werden die russischen Delegierten zu bedenken haben, daß die Methode, nach der sie zu Hause regieren, die Methode der brutalen, vorwiegend auf die Bajonette gestützten Gewalt, für uns nicht gerade eine besondere Ursache sein kann, die Völker, denen wir durch das Selbstbestimmungsrecht eine freie Entscheidung über ihr Schicksal einräumen wollen, schuldlos der russischen Willkür auszuliefern. Wir müssen nicht, wie weit sich inzwischen die Maximalkisten mit den Ukrainern und den übrigen, politische Selbstständigkeit verlangenden Völkern auseinandergesetzt haben. Aber wir wissen, daß die Mittel, mit denen die Petersburger Gewalttäter solche Auseinandersetzungen zu führen pflegen, nicht geeignet sind, um dem Selbstbestimmungsrecht wirklich freie Bahn zu geben. Aus diesem Grunde werden wir für die etwa noch vorzunehmenden Bestimmungen unter den uns besonders interessierenden Völkern die notwendigen Garantien nicht nur fordern, sondern auch sicherstellen.

Die Streiks.

Die Haltung der sozialdemokratischen Presse.
Die sozialdemokratische Presse verurteilt, den bürgerlichen Parteien die Schuld an dem gegenwärtigen Streik in die Schuhe zu schieben. Auf diese allein, so heißt es in den bezüglichen Auslassungen, falle die Verantwortung, wenn der lang genug gesponnene Geduldsfad der Arbeiter schließlich zu zerreißen drohe, denn jene im Grunde genommen immer „reaktionär“ verbliebenen Gesellschaftsklassen hätten das erwachende

Der heutige amtliche Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 31. Januar. Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Gefechtsaktivität blieb auf Artillerie- und Minenwerferkämpfe an verschiedenen Stellen der Front beschränkt. Am Weihnachtsabend und im Laufe des Januar haben Flieger unserer Gegner trotz unserer Warnung wieder offene Städte außerhalb des Kampfgebietes angegriffen.

Dank unserer Abwehrmaßnahmen traten nennenswerte Verluste und Schäden nicht ein.

Zur Strafe wurde die Stadt Paris in planmäßigen Luftangriff in der Nacht vom 30. zum 31. Januar mit 14 000 kg Bomben belegt.

Italienische Front.

Südwestlich von Asiago schaltete ein italienischer Angriff im Feuer.

Zwischen Asiago und Brenta blieb die Artillerietätigkeit reger. Die Zahl der von den österreichisch-ungarischen Truppen in den letzten Kämpfen gemachten Gefangenen hat sich auf 15 Offiziere und 660 Mann erhöht.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Vertrauen der Arbeiter zum Staat durch ihre Umtriebe Widerlegung dieser wider besseres Wissen vorgebrachten Behauptungen erübrigt sich, denn die gerade das Gegenteil bezeugenden Tatsachen bereitwilligen Entgegenkommens in solchen Arbeiterforderungen, die nicht einseitige Klassenvorurteile erstreben, sind hinlänglich bekannt. Wo die unruhigstehenden Elemente zu suchen sind, erhellt aus den Reden und Auslassungen der sozialdemokratischen Führer, die in ihrer Stellungnahme zu Krieg und Frieden, in ihrem Hindrängen zur Stabilisierung des gesamten staatlichen Aufbaues, in ihrer unerträglichen Annäherung gegenüber nationalem Bürgertum und in ihren parteipolitischen Präferenzen ein friedliches Zusammengehen mit ihnen fast unmöglich machen, in den zu ihrer Gesinnung gehörenden Arbeitern aber vielfach einen Dünkel großgezogen haben, der bis zu diktatorischen Unwandelungen sich verhält. Die Nichterfüllung überheblicher Zumutungen zehrt in den Arbeitermassen alsdann eine Unzufriedenheit, die selbst vor gelegentlichen Kraftproben nicht zurückweicht. Einseitige Arbeiter haben bisher gegen höhere Ausbrüche leidenschaftlichen Begehrens sich aufgelehnt und dadurch bewirkt, daß wir von willkürlichen Arbeitseinstellungen bedenklichen Umfanges verschont geblieben sind, ihr Widerstand könnte aber erlahmen, wenn die berufenen Gewerkschaftsführer nicht ihrerseits die Zügelung der Ungebärdigen sich angelegen sein lassen.

Erklärungen eines bayerischen Ministers.

In der Dienstagssitzung der bayerischen Kammer der Abgeordneten hielt der Minister des Innern, Dr. v. Brettreich, über die Auslandsbewegung eine sehr beachtenswerte Rede, der wir folgendes entnehmen:

Seit gestern müssen wir leider auch in Deutschland das Schauspiel erleben, daß Tausende von Arbeitern trotz erster Ermahnungen besonnener und vaterländisch gesinnter Führer zu einem Demonstrationsstreik angezogen sind. Das Ereignis muß jeden wahren Freund des deutschen Volkes mit tiefem Kummer erfüllen und von jedem vernünftig Denkenden mit Entschiedenheit verurteilt werden. In unserer Ruhe und Geslossenheit lag bisher die Wurzel unserer Kraft. Es kann und darf nichts anderes geben, als an diesem Grundsatz festzuhalten. Statt dessen gehen plötzlich Tausende von Arbeitern her und stellen aus reiner Demonstrationslust die Arbeit ein. Will dieser Teil der Arbeiterschaft das zerstören, was die eigenen Hände an der Kampffront aufgebaut haben? Wollen sie das verlieren, was jahrzehntelanges Schaffen vor dem Kriege der Arbeiterschaft gebracht hat? Wollen sie in einen Zustand zurückfallen, aus dem sie sich vielleicht erst wieder in Jahrzehnten herausarbeiten vermögen? Wollen sie unseren Feinden das freudvolle Schauspiel bieten, daß wir in innere Zwietracht verfallen? Wollen sie durch ihr Vorgehen den Krieg erst recht verlängern und den Friedensschluß erschweren, wieder niederschlagen und die alten Geister des Un-

muten und der Verbitterung heraufbeschworen. Eine ren? Ich verweise auf das traurige Elend in Rußland, dessen Beispiel abschreckend wirken muß. Ich gebe zu, daß es mancherlei berechtigte Klagen gibt, so vor allem über das schreckliche Wusern in der Kriegswirtschaft, aber ich kann mir keinen Grund für das Vorgehen denken, das Tausenden von Arbeitern befehlt hat.

Seitens des Staatsministeriums des Innern und des Kriegsministeriums sind alle Anordnungen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und zum Schutze der Arbeitswilligen getroffen worden. Ich habe die Hoffnung, daß die beteiligten Kreise der Arbeiterschaft einsehen, wofür sie die Pflicht gegen das deutsche Volk und insbesondere die Pflicht gegen die vor dem Feinde stehenden Wehrer ruft und daß sie bald zur Arbeit zurückkehren werden, wie sie es bisher in vorbildlicher Weise getan haben.

Die Auslandsbewegung in Berlin.

Der Streik hat seit Dienstag eine Steigerung erfahren. Diese aber ist nicht so groß, wie sie von Montag auf Dienstag war. Zu ersten Ruhestörungen ist es bis jetzt noch nicht gekommen. In verschiedenen Großberliner Fabriken haben die Arbeiter am Mittwoch vormittag teilweise die Arbeit wieder aufgenommen, während in anderen der Streik weiter um sich gegriffen hat.

Versammlungsverbote in Berlin.

Der Oberbefehlshaber in den Marken hat bis auf weiteres die Abhaltung aller Versammlungen verboten, in denen öffentliche, insbesondere den Streik betreffende Angelegenheiten behandelt werden. Außerdem ist den Mitgliedern der Streikleitung verboten worden, sich weiter zu betätigen und Streikangelegenheiten zu betreiben.

Mißerfolg der Streikbewegung in Spandau.

In den meisten Staatsverwaltungen in Spandau wird fast vollständig gearbeitet. In der Artillerieverwaltung sind hat sich die Zahl der Streikenden, die 3500 bis 4000 betrug, erheblich verringert, ebenso in der Eisenbahn u. Koppelwerkgesellschaft, wo etwa 600 Arbeiter streikten. Im ganzen dürften noch nicht ganz 4000 Arbeiter von den in Spandau beschäftigten 70 000 bis 80 000 Mann im Streik stehen. In Siemensstadt wird in den Siemenswerken ebenfalls durchgängig gearbeitet. Die Belegschaften der einzelnen Werke haben sich gegenüber der Streikaufrufung meist völlig ablehnend verhalten und sich auf den Standpunkt des vom Kartellverband deutscher Werksvereine (den sogenannten Gelben) verbreiteten Aufrufes gestellt, welcher vor der Beilegung an Streik warnt.

Die Lage in München.

Eine Vertrauensmännerversammlung der verschiedenen Betriebe in München beschloß auf Betreiben der unabhängigen Sozialdemokraten den Streik auf drei Tage gegen die Stimmen des christlichen Metallarbeiterverbandes. Die Münchener Auslandsbewegung geht von den unabhängigen Sozialdemokraten aus, welche durch die Ueberstimmung Kruppischer Arbeiter nach München kamen. Die alte Münchener Arbeiterschaft sympathisiert wenig mit dem Streikgedanken. Die Leitung des Gesamtverbandes der deutschen Metallarbeiter Ortsgruppe der christlichen Gewerkschaft für München und Umgebung richtete an die Arbeiterschaft Münchens einen Aufruf, in welchem es heißt, daß die christlichen Gewerkschaften unter keinen Umständen den geplanten Demonstrationsstreik in irgend einer Form unterstützen. Die Ortsstelle des Verbandes deutscher Buchdrucker teilt mit, es sei ganz ausgeschlossen, daß der Streik der Berliner Buchdrucker auf München übergreifen könne.

Eine Erklärung der christlichen Gewerkschaften.

Eine in Berlin abgehaltene Sitzung des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften beschloß folgende Erklärung:

In Berlin und einigen anderen Stellen im Lande sind in den letzten Tagen größere Teillausschände erfolgt. Vor der Arbeitsüberlegung waren bestimmte Forderungen nicht aufgestellt. Erst nachträglich wurde ein Streikprogramm mit überwiegend politischen Forderungen formuliert. In ausserpolitischer Hinsicht will man die schnelle Herbeiführung des Friedens entsprechend dem von den russischen Volksbeauftragten in West-Bukowina

formulierten Ausprägungsbestimmungen. Das Verlangen wird zur selben Stunde erhoben, wo unsere Heinde an der Westfront noch auf der Preisgabe von Elsaß-Lothringen durch Deutschland bestehen. In innerpolitischer Hinsicht wurde als Hauptaufgabe die Forderung aufgestellt die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Männer und Frauen im Alter von mehr als 20 Jahren zu dem preussischen Landtag. Die christlichen Gewerkschaften haben bisher gegen alle Bestrebungen angeklämpft, welche geeignet waren, Kriegverlängernd zu wirken, soweit sie nicht ausweichend mit der Ehre und den künftigen Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes begründet werden konnten. Sie haben weiter seit Jahren sich für die innerpolitische Neuordnung, vor allem für die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen, während des Krieges mit Nachdruck eingesetzt und sich an allen diesbezüglichen Bestrebungen beteiligt. Unsere maßgebenden Stellen in Deutschland haben seit langer Zeit zur Beendigung des Krieges getan, was möglich ist. Arbeitsniederlegungen in der gegenwärtigen ersten Stunde verlängern den Krieg, anstatt ihn abzukürzen. Die russischen Bolschewiki wollen nicht in erster Linie einen für beide Teile erträglichen Frieden, ihr eigentliches Ziel ist vielmehr die Weltrevolution. Mit diesen Bestrebungen gibt es für die christlich-nationalen Arbeiter keine Gemeinschaft. Etwaigen Verschleppungsversuchen auf dem Gebiete der inneren Reformen wird die christlich-nationale Arbeiterbewegung mit Nachdruck entgegenzutreten wissen. Mit einem Streik kann das gleiche Wahlrecht in Preußen bei der gegenwärtigen Sachlage nicht erzwungen werden. Dafür gibt es in den nächsten Wochen und Monaten ausreichend andere Mittel. Das klare und unabweisende Verhalten der christlichen Gewerkschaften in Friedens- und inneren Reformfragen gibt ihnen das Recht, die gegenwärtigen Streiks mit um so größerem Nachdruck zu verurteilen und ihnen entgegenzutreten. Sie sind als ein verantwortungsvolles und verbrecherisches Treiben gegen unsere Kameraden und Volksgenossen an der Front, gegen unser Vaterland, Volk und gegen die wohlverhandelten Interessen der deutschen Arbeiter und ihrer Organisationen anzusehen. Die christlichen Gewerkschaften lehnen nicht nur eine Gemeinschaft mit den verantwortlichen Streiks ab, sondern sie erwarten von ihren Angehörigen, daß sie sich überall Arbeitsniederlegungen widersetzen und sich energisch für die ungetrübte Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft bemühen.

Der Landesverband Evang.-nat. Arbeitervereine im Königreiche Sachsen

erläßt folgenden Aufruf:

„Die in den letzten Tagen von unverantwortlicher Seite unternommenen Versuche, die Arbeiterschaft zum Generalstreik und Revolution aufzufordern, haben leider eine teilweise Arbeitseinstellung zur Folge gehabt. Deutsche Brüder, wollt Ihr den an den Fronten Stehenden, die Euch bis jetzt Helm und Herz schützten, in den Rücken fallen; wollt Ihr an ihnen Verrat üben; wollt Ihr die Friedensverhandlungen im Osten erschweren? Wir verurteilen dieses schmachvolle Verhalten aufs schärfste und sind überzeugt, daß unsere Mitglieder sich nicht zu jenen Verdäulern gesellen, fordern sie aber auf, an ihren Arbeitsplätzen mit allem Ernst weiteren Versuchen dieser Elemente entgegenzutreten, um ein Umschlagen der Arbeitseinstellungen mit zu verhindern.“

Aufruf an die polnischen Arbeiter.

Der Zentralvorstand der Polnischen Berufsvereiner veröffentlichte folgenden Aufruf an die polnischen Arbeiter:

Die polnischen Arbeiter haben bisher kaltes Blut bewahrt und ließen sich nicht auf Irrwege leiten. Da jedoch in letzter Zeit die Gemüter durch die letzten Vorfälle in Oesterreich-Ungarn und die Lebensmittelschwierigkeiten erregt sind, ist nicht auszu-schließen, daß hier und dort jemand das Gleichgewicht verliert und sich der Streikbewegung anschließen könnte. Darwegen erheben wir unsere mahnende Stimme und fordern die polnischen Arbeiter auf, auf anonyme Aufrufe nicht zu achten, und Enttäuschungen verschiedener Art zu vermeiden. Sie sollen sich ruhig verhalten und ihre Pflicht zu erfüllen, wie bisher. Weht also nicht auf den Reim des Bolschewikismus ein, sondern bleibt ruhig und bei klarem Verstand, erfüllt die euch anvertrauten Arbeiten und meldet jegliche Ausschreitungen.

Auftrag auf Einberufung des Reichstages.

Die sozialdemokratische Fraktion hat beim Präsidenten des Reichstages die sofortige Einberufung des Reichstages beantragt. Begründet wird dieser Antrag mit der unruhigen Lage, die durch die Streikbewegung geschaffen worden sei.

Die Friedensbestrebungen.

Eine holländische Anregung.
Der niederländische Anti-Kriegs-Raad hat an eine Reihe hervorragender Holländer die Frage gerichtet, ob ihnen das Wilsonsche Programm als eine geeignete Grundlage für Friedensverhandlungen erscheine. Aus den eingegangenen Antworten ist bis des selbsterholländischen Ministers E. van Houten besonders bemerkenswert, um so mehr, als jetzt auch der deutsche Reichskanzler dieses Programm eingehend besprochen und beurteilt hat. Van Houten nimmt eine Rangordnung der Programmpunkte vor: in den Punkten 1 bis 5 (öffentliche Diplomatie, Freiheit der Meere, Freihandel, Abrüstung, Abgelung des Kolonialbestandes) liegt er grundlegende Ziele, in dem Punkt 14 (Völkerbund) das Haupt- und Endziel.

6 bis 13 (Rusland, Belgien, Elsaß-Lothringen, Oesterreich-Ungarn, Balkan, Türkei, Polen) aber Wünsche, die den Sinn hätten, aus dem erstrebten Völkerbund alle Reime künftige Konflikte von vornherein auszuschließen. Von diesen Wünschen habe nur Punkt 7 (Belgien) die Form einer Forderung. Daraus ergebe sich, daß nach Wilsons Auffassung nur die Räumung Belgiens eine unerlässliche Bedingung für das Zustandekommen des Völkerbundes sei. Der gegebene Weg zur Verwirklichung des Wilsonschen Planes sei also der, daß man zunächst alle Kriegführenden und neutralen Staaten zur Beratung der Punkte 1 bis 5 und 14 einberufe. Diese Punkte hätten auch an sich Anspruch darauf, vor den übrigen, die Kriegführenden allein angehenden Punkte behandelt zu werden, weil der zu stiftende Völkerbund kräftige Bürgerstaaten gegen militärische und wirtschaftliche Angriffe von Nachbarstaaten, dadurch also neue Grenzfestsetzungen und Grenzveränderungen viel von ihrem Gewicht verliere. Besonders wichtig sei Punkt 2 (Freiheit der Meere), namentlich auch deshalb, weil die Verbandsmächte so viel Wert darauf legten, das angebliche Streben Preußens und seines Fürstentums nach der Welt Herrschaft zu vereiteln; denn ohne Beherrschung der Meere sei keine Welt Herrschaft möglich; eine internationale Aufsicht über die Meere und ihre Verbindungsstraßen verhindere für alle Zukunft jeden Versuch, die Welt Herrschaft in den Händen eines Staates zu vereinigen. Die Stellung, die die einzelnen Staaten zu diesem wichtigen Punkte einnehmen, werde sich übrigens bald aus ihren Antworten auf die Einladung zur Teilnahme an der besprochenen Konferenz erkennen lassen. Da diese allgemeine Konferenz (über die Punkte 1 bis 5 und 14) sowohl die Kriegführenden als die Neutralen anginge, läge es am nächsten, daß ein neutraler Staat die Einladungen dazu erlasse. Von Houten schlägt Holland als den geeignetsten vor.

Die Anarchie in Rußland.

Furchtbare Zustände an der russischen Front.

Die russische Presse veröffentlicht ein Telegramm des Generals Bruyewitsch, Stabschef des Oberkommandos, welches wörtlich lautet:

Vollkommene Machtlosigkeit. Viele Teile der Front sind entblößt. Auf der Westfront kommen auf die West nur 100 Bataillone. Die Reserven lösen die Kameraden in den Schützengräben nicht ab. Eine ungeheure Zahl erfahrener militärischer Vorgesetzter ist bei den Wahlen ausgeschieden. Der jetzige Bestand an Soldaten ist ohne Erfahrung. Stab und Behörden werden in Kürze zu arbeiten aufhören, da niemand mehr arbeiten kann. Generalstabsoffiziere sind nicht vorhanden. Die Arbeitsbedingungen in den Stäben sind entsetzlich. Wirtschaftlich herrscht vollkommene Auflösung. Ausbildung und Ordnung der Truppen sind nichts wert. Ordnung im Heere gibt es nicht mehr. Die Befehle werden nicht ausgeführt. Desertionen finden massenhaft statt. Beurlaubte kehren nicht zurück. Der Zusammenhang ist an vielen Stellen gerissen. Der Bestand an Pferden ist fast vernichtet. Die Befestigungen der Stellungen zerfallen. Die Draht Hindernisse sind zur Erleichterung der Verbrüderung und des Handels entfernt. Einen Angriff des Feindes auszuhalten ist unmöglich. Die einzige Rettung des Heeres ist Rückzug hinter natürliche Grenzen.

Die baltische Ritterschaft gegen die Maximalkisten.

Der Stockholmer Bevollmächtigte der Petersburger Regierung Worowski wurde von Vertretern der baltischen und estnischen Ritterschaft aufgefordert, dem sie im Auftrag der Bauernvereinigungen, der Gilden und Bürgerchaften ihres Landes folgendes mitteilten: Die Ritterschaft stelle nach der Landesgeschichte die verfassungsmäßige Vertretung des Landes dar und habe daher das Recht, einen Antrag zur Loslösung von Rußland bekanntzugeben. Die Vertreter des Landes seien sich genötigt, außerhalb der Grenzen Schutz zu suchen als Garantie für Ordnung und Recht. Die Ritterschaft beschloß daher, dem Deutschen Reich ihre Bitte um Schutz vorzutragen.

Der Krieg der Rumänen gegen die Maximalkisten.

Die Zeitung „Utro Rossii“ in Petersburg bringt eine Mitteilung der rumänischen Regierung, wonach die maximalkistischen Truppen bei Jassy geschlagen worden seien. Rumänische Heeresabteilungen seien nach Verständigung mit dem Generalsekretariat der Ukraine und der freien Republik Beharablen in Beharablen eingedrungen und marschierten in zwei Schüben gegen Kischnew und Odessa angeblich die maximalkistischen Abteilungen vor sich her treibend und zerstörend. Die Rumänen sollen nur noch 14 Werst von Kischnew und 33 Werst von Odessa stehen. Die gegen Odessa operierenden Kräfte versägen angeblich aber starke Artillerie. Die bisherige ukrainische Stadtverwaltung von Odessa wurde abgesetzt, der Stadtkommandant Kersischewo verhaftet. Die Maximalkisten hätten ein neues Regierungskomitee gebildet, das nur Vertreter des Proletariats umfasse. Dieses Komitee habe die Aufgabe, Odessa unter allen Umständen gegen die vereinigten Rumänen und Ukrainer zu verteidigen. Auf der unteren Donau hätten die Schiffsgefahr mit einem Sieg der Rumänen geseht. Der rumänische Monitor „Mikschel“ sei unweit Rissa durch maximalkistische Geschützfeuer zum Sinken gebracht worden. General Kersischewo habe den Oberbefehl über alle Truppen zur Verteidigung gegen die russischen und rumänischen Maximalkisten erhalten. Die rumänische Regierung habe die Verhaftung aller in Jassy befindlichen russischen Maximalkisten als Repräsentanten gegen die Behandlung des rumänischen Gesandten in Petersburg angeordnet.

Ein Aufstand gegen Kaledin.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: 20 Kosakenregimenter erhoben sich gegen Kaledin und beschloßen, die gesamte Gewalt in der Gegend an sich zu

nehmen und nahmen 18 Mitglieder der Militärorganisation fest.

Wladiwostok von den Verbandsmächten besetzt!

Von den im Hafen von Wladiwostok eingelaufenen englischen, amerikanischen und japanischen Kriegsschiffen wurden Truppen an Land gesetzt, die nicht nur den Hafen, sondern auch die ganze Stadt besetzt haben. Den russischen Behörden wurde eine diesbezügliche Note überreicht im Namen der die Stadt besetzenden Mächte, vom japanischen Generalkonsul in Wladiwostok unterzeichnet. Der Inhalt wurde auf telegraphischem Wege nach Petersburg übermittelt.

Flanderns Bedeutung.

Außerungen des Admirals v. Tirpitz.

Der Berliner Mitarbeiter des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ hatte ein Gespräch mit Großadmiral v. Tirpitz über die deutschen Kriegsziele. Tirpitz sagte auf die erste Frage nach der Zukunft Flanderns: Wir verlangen an erster Stelle, daß England in Zukunft nicht mehr imstande sein darf, dieses Land für eine raubfüchtige Ueberumpelung gegen uns zu gebrauchen. Dann wollen wir die Flämen von der schmachvollen Unterdrückung durch die französischen Kreise befreien. Ihr Holländer seid nicht stark genug, den Flämen eine wirkungsvolle Unterstützung zu geben. Das kann nur ein starkes Deutschland. Diese zwei Punkte dürfen wir nie aufgeben. Die Frage, ob nach den Wünschen des Rates von Flandern eine militärische Besetzung oder ein Tauchbootstützpunkt in Flandern notwendig wäre, beantwortete Tirpitz bejahend, denn darin liege keine Angriffspolitis gegen England, sondern nur eine Friedenssicherung. Auch würde ein Stützpunkt in Flandern zur Führung einer Angriffspolitis nicht genügen. Wir wünschen nur eine Stellung, welche die englisch-amerikanische Welt vor einer Erneuerung ihrer Angriffe abschrecken kann. Ueber Antworten und die Schelde mündung, zwei Fragen, denen der Holländer besonderen Wert beilegte, meinte Tirpitz, daß da alles beim alten bleiben solle. Die Rechte der Niederlande sollen in keiner Weise geschmälert werden. Die künftige Staatsform Flanderns will Tirpitz den Beschlüssen einer Friedenskonferenz überlassen. Bezüglich der Franzosen erklärte er, kein grundsätzlicher Anhänger der Einverleibung französischer Gebiete zu sein, obgleich es die Franzosen an Deutschland verdient hätten. Wohl zwanzig Mal haben sie während der letzten drei Jahrhunderte die Deutschen angegriffen. Der Form nach sind die Franzosen ganz angenehme Menschen, nur haben sie die schlechte Eigenschaft, daß sie von Zeit zu Zeit Blut sehen wollen, das von anderen oder eigenes. Ueber die deutschen Kolonien sagte der Großadmiral, daß Deutschland alle seine Kolonien zurück erhalten müsse. Ueber Veränderungen könne ja gesprochen werden. In einen Frieden durch Unterhandlungen mit England glaubt Tirpitz auch dann nicht, wenn Lloyd George abtreten würde, weil England nie freiwillig in die deutschen Forderungen willigen würde. Der Tauchbootkrieg habe eine Verlängerung erfahren, weil man vermuthlich nicht mit dem brutalen englischen Raub der neutralen Schifffahrt rechnete, aber wenn Deutschland durchhalte, sei der Erfolg sicher.

Die Zukunft der deutschen Kolonien.

Außerungen eines englischen Ministers.

Das Mitglied des Kriegsamtes General Smuts sprach am Montag in der Königlich-Geographischen Gesellschaft in London über die Kolonialfragen in Afrika. Ostafrika stehe im wirtschaftlichen Wege hoch unter den tropischen Ländern Afrikas. Die Deutschen erkannten, daß der Wert des tropischen Afrikas nicht in der Erschließung für weiße Kolonisten bestehe wie in Britisch-Ostafrika, sondern in einem Pflanzungssystem, in welchem weißes Kapital und schwarze Arbeiter zusammenarbeiten. Die deutschen kolonialen Ziele sind tatsächlich nicht kolonial, sondern völlig beherrschend von den umfassenden weltpolitischen Begriffen. Ihre wahren Ziele sind nicht Kolonien, sondern militärische Macht- und strategische Stellungen, um diese Weltmacht in Zukunft auszuüben. Solange keine wirkliche Veränderung in der Gestaltung Deutschlands vorgeht, solange nicht einigüßig und unumkehrlich mit dem Militarismus gebrochen wird, sollte das Gesetz der Selbsthaltung als das höchste betrachtet werden. Keine Neuausdehnung des preussischen Militarismus auf andere Kontinente und Meere sollte geduldet werden, und die eroberten deutschen Kolonien können nur als Werkstätten für die künftige Sicherheit des Weltfriedens betrachtet werden. Die hartnäckige Verteidigung seiner letzten Kolonie (d. h. Ostafrika) durch den Feind war nicht nur an sich eine große Poldentat, sondern auch ein Beweis, eine wie große Wichtigkeit dieser afrikanischen Kolonie von der deutschen Regierung beigegeben wird, sowohl als wirtschaftlichem Eigentum, wie als strategischem Ausgangspunkt zur Errichtung des zentralafrikanischen Reiches, von dem ich gesprochen habe. Eine unzeitige oder unkluge Zurückgabe von Deutsch-Ostafrika an seine früheren Besitzer könnte daher Folgen haben, welche weit über die Grenzen des afrikanischen Kontinents hinausreichen.

General Smuts will anscheinend andeuten, daß England die deutschen Kolonien als Faustpfänder und Austauschobjekte angesehen haben will; die Hervorhebung der großen Wichtigkeit Ostafrikas hat zweifellos den Zweck, den Wert dieses Faustpfandes ins rechte Licht zu setzen, um möglichst viel dagegen eintauschen zu können.

Sanktion über die deutschen Kolonien.

Der „General“ meldet aus New York: Im Repräsentantenhaus wurde die Frage der deutschen Kolonien erörtert. Der Staatssekretär Lansing erklärte, das Schicksal der deutschen Kolonien werde bei Deutschland selbst liegen. Im übrigen dürfe man mit konkreten Kriegsziele-erörterungen nicht den Friedensverhandlungen selbst vorweisen wollen.

Lansing hat recht: wir werden keinen Frieden schließen.

Eine

Das in G... Leben“ bring... Vethmann-Ho... vielbeschäftigte... Reichskanzler... Die ist bes... Märkte in des... ihrer Unentbe... zu sagen, we... diesem Manne... gestellt hat, d... verloren gehe... eingerichtet ha... Verfügung ge... mittels dies... Reichsgeid... (die wir aufzu... verwenden zur... es aufsteht. V... Leben wichtige... 19. Juli zu... von Buttenb... solchen Umfan... stärkten, sie... im Lande nich... aufhöre. Dar... Kraftwort gef... Was an... ist, vermögen

S

Die zwei... wart des Sta... ihrer 20. Affe... welche bemer... Rat im Reichst... Wdg. Ko...

Wdg. Ko...

Eintrag der... l. Die Rgl. S... der Revidier... führen, daß in... ohne weiteres... werden können... mittlere und K... der Welle herbe... Städteordnung... mischer Aussch... alle diese Ausse... werden. Wm... Beschluß zu fo... sofortige Schlu... diesem Antrag... Staatsm...

Staatsm...

Die Regierung... in den gemeins... den Gebieten... erfährt werden... Regierung berei... in derartige Au... der Revidierten... Auch werde eine... nicht angebrach... Städteordnungs... siehe die Wld... hiel. In Land... nicht vorgesehen... dies trotzdem... beretzt, Ausnah... der gesetzlich... seiner Meinung... Bedürfnis zu... Frauen, die sich... haben, in Dan... sich gern an. (2... Wdg. Dr...

Wdg. Dr...

Freunde dem... Voraussetzung... allgemeinen... Wdg. Da... gewisse Dringlic... Kraft der Frau... gelte es, eine T... weiterhin zu d... Wdg. Da... Schritt zur poli... sich im Namen... den Antrag an... Nach etw... Antrag einstim... Wdg. S...

Wdg. S...

Deputation A... Anstalt, Landes... sonstige Zweig... Richterstatte... Oberinspektoren... mester bei der... Reimthal- und... der Staatsreg... Befolungsordn... nentliche Kap... Weiter (fr... Wdg. W Ar (so... ihm seitens der... erteilt. Ob n... Wrdliche... einer Aussprach... erlobigt erlid

Eine Erzberger Enthüllung.

Bethmann-Hollweg und Erzberger.

Das in Ebersfeld erscheinende Wochenblatt „Licht und Leben“ bringt folgende Angaben über das Verhältnis Bethmann-Hollwegs zu Erzberger: Der Herrgotts dieses vielbeschäftigten Mannes (Erzberger) ist von dem früheren Reichsminister Bethmann-Hollweg mannigfaltig in den Diensten des Vaterlandes gestellt worden. Bethmann-Hollweg ist in der kleinen Zentrumsgruppe die Ueberzeugung ihrer Unentbehrlichkeit. Wir glauben nicht Unrichtiges zu sagen, wenn wir mitteilen, daß Herr von Bethmann diesem Manne einen Staatsrat zuerkannt zur Verfügung gestellt hat, damit von seiner kostbaren Zeit möglichst wenig verloren gehe, daß er ihm recht geräumige Geschäftszimmer eingeräumt hat, daß er ihm ein Blankoscheckbuch zur Verfügung gestellt hat, und daß Herr Matthias Erzberger mittels dieses Scheckbuchs 28 Millionen Mark (M) Reichsgelder abgehoben und verwirrschaftet hat (die wir aufzubringen haben), natürlich nur, um sie zu verwenden zum Wohle des Deutschen Reiches, so wie er es aussieht. Also ein wichtiger Mann, ein für Bethmanns Leben wichtiger Mann. Ihm ist der schwarze Tag vom 19. Juli zu danken. Die Maßnahmen des Königs von Duttenshausen und Großraumachers nahmen einen solchen Umfang an, daß mehrere Generalkommandos erstärkten, sie könnten die Verantwortung für die Stimmung im Lande nicht mehr tragen, wenn dieses Treiben nicht aufhöre. Darauf wurde von entscheidender Stelle aus ein Kraftwort gesprochen, und Erzberger war abgeschüttelt.

Was an diesen Enthüllungen Wahrheit, was Dichtung ist, vermögen wir natürlich nicht zu sagen.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

Frauen in sächsischen Ausschüssen.

Die zweite Kammer trat Montag nachmittag in Gegenwart des Staatsministers Grafen Dittum von Cöslitz zu ihrer 20. öffentlichen Sitzung zusammen. Am Regierungstische bemerkte man auch zum erstenmal den neuen Vortragenden Rat im Ministerium des Innern, Geh. Regierungsrat Dr. Streit.

Hdg. Koch (fortsch.) begründet zunächst den nachstehenden Antrag der fortshr. Fraktion: Die Kammer wolle beschließen: 1. Die Reg. Staatsregierung zu ersuchen, 1. eine Ueänderung der Revidierten Städteordnung in der Weise herbeizuführen, daß in die in §§ 121 u. 129 vorgesehene Ausschüsse ohne weiteres auch Frauen mit beschließender Stimme gewählt werden können; 2. eine Ueänderung der Städteordnung für mittlere und kleine Städte und der Landgemeindeordnung in der Weise herbeizuführen, a. daß auch in Städten ohne Revidierte Städteordnung und in allen Landgemeinden die Bildung gemischter Ausschüsse ohne weiteres zulässig ist und b. daß in alle diese Ausschüsse Frauen mit beschließender Stimme gewählt werden können; II. Die Erste Kammer einzuladen, den gleichen Beschluß zu fassen. — Der Redner beantragt, den Antrag in sofortige Schlussberatung zu nehmen. Die Kammer stimmt diesem Antrag einstimmig zu.

Staatsminister Graf Dittum u. Cöslitz betont, die Regierung erkenne gern an, daß die Mitarbeit der Frau in den gemischten Ausschüssen der Gemeinden, besonders auf den Gebieten, die von dem Kreise der weiblichen Interessen erfaßt werden, von Wert sei. Infolgedessen habe die Staatsregierung bereits jetzt Maßnahmen bewilligt, wenn Frauen in derartige Ausschüsse gewählt werden sollten. Eine Abänderung der Revidierten Städteordnung sei deshalb nicht notwendig. Auch werde eine Wahl von Frauen in alle gemischten Ausschüsse nicht angebracht sein. Nicht nur den Städten mit Revidierter Städteordnung, sondern auch den kleineren Stadtgemeinden siehe die Bildung derartiger gemischter Ausschüsse jetzt schon frei. In Landgemeinden dagegen seien derartige Ausschüsse nicht vorgesehen, da die jetzigen Einrichtungen genügen. Sollte dies trotzdem nötig sein, dann sei das Ministerium des Innern bereit, Ausnahmegenehmigungen zu erteilen. Einer Ueänderung der gesetzlichen Bestimmungen bedürfe es hierzu nicht. Nach seiner Meinung schone der Antrag keinen dringenden Bedürfnis zu entsprechen, sondern man wolle wohl nur den Frauen, die sich während des Krieges so opferwillig bewiesen haben, in Dankbarkeit huldigen. Dieser Huldigung schließe er sich gern an. (Zuruf von links: Das ist doch wenigstens etwas.)

Hdg. Dr. Schang (kons.) teilt mit, daß seine politischen Freunde dem Antrag freundlich gegenüberstehen, unter der Voraussetzung, daß der Antrag nicht etwa ein Schritt zum allgemeinen Frauenwahlrecht sein sollte.

Hdg. Hartmann (nat.) meint, es liege tatsächlich eine gewisse Dringlichkeit für den Antrag vor. Nachdem die Arbeitskraft der Frau sich besonders im Krieges derart bewährt habe, gelte es, eine Dankesspille zu erfüllen und die Frau auch weiterhin zu den öffentlichen Arbeiten heranzuziehen.

Hdg. Lange (Soz.) begrüßt den Antrag als den ersten Schritt zur politischen Wahlberechtigung der Frauen und äußert sich im Namen seiner Fraktion zustimmend zu demselben.

Hdg. Schulze (unabh. Soz.) spricht sich ebenfalls für den Antrag aus.

Nach einem Schlusswort des Antragstellers wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Hdg. Schreiber (kons.) berichtet namens der Finanz-Deputation A über Einnahmen und Ausgaben der Gendarmereivorkant, Landeskriminalgeld, Volksgeldverwaltung zu Dresden und sonstige Zweige der Sicherheitspolizei. Ferner beantragt der Berichterstatter, die Wirtschaft der Gendarmereivorkant und Oberinspektoren, das Gesuch der Volksgeld- und Kriminalwachmeister bei der Volksgeldverwaltung zu Dresden und das Gesuch der Kriminal- und Gendarmereivorkant bei der Volksgeldverwaltung zu Dresden der Staatsregierung als Material für die Ueänderung der Befoldungsordnung zu überweisen. Die Kammer genehmigte. Mündliche Kapitel gegen die Stimmen der Sozialdemokraten. Weiter stand auf der Tagesordnung der Antrag des Hdg. Bär (fortsch.) auf Entscheidung der Kammer wegen des ihm seitens des Präsidenten in der Sitzung vom 21. Januar erteilten Ordnungsrufes.

Präsident Dr. Vogel teilt mit, daß er auf Grund einer Aussprache den dem Hdg. Bär erteilten Ordnungsruf für erledigt erklärt, da demselben seine Kritik seiner Berichtserstattung

Hdg. Dr. Koch (fortsch.) berichtet dann den Antrag des Hdg. Brodau, der ebenfalls die Entscheidung der Kammer wegen des ihm seitens des Präsidenten in derselben Sitzung erteilten Ordnungsrufes angegriffen hatte. Seine politischen Freunde seien der Meinung, daß der Präsident dem Ausdruck des Hdg. Brodau, der in Bezug auf den Großadmiral v. Tirpitz von Irrealität gesprochen habe, eine zu strenge Bedeutung beigelegt habe und daß dieser Ausdruck in dem gebrauchten Sinne nicht beleidigend sei. Auch im Reichstage sei ein Ordnungsruf auf eine noch viel schärfere Kritik des Großadmirals von Tirpitz nicht erfolgt. Wenn in Zukunft weiterhin derartige Ordnungsrufe erteilt würden, dann werde das Recht der Kritik des Parlaments beeinträchtigt.

Die Kammer beschloß, gegen 31 Stimmen der Fortschrittler und Sozialdemokraten, daß der Ordnungsruf berechtigt gewesen sei.

Mittwoch-Sitzung.

In der Mittwoch-Sitzung wurden der Besetzungswurf über die Besteuerung der Teuerungszulagen angenommen und das Gesetz über die Wohlfahrtspflege einer Kommission überwiesen.

Keine politische Meinungen.

Eine Falschung. Die „Reichs-Allg. Ztg.“ schreibt: In der letzten Sitzung der Hauptversammlung des Reichstages hat der Abgeordnete Herr Witzelmann über eine angebliche Denkschrift des früheren Reichstagesabgeordneten Dr. Witzelmann, die angeblich die Ziele angedeutet haben soll. Die Denkschrift soll in einer kleineren Zeitung erschienen sein. Der Abgeordnete Herr Witzelmann hat Angaben auf Grund einer Uebersetzung dieser Zeitung. Wie wir feststellen können, handelt es sich um eine Falschung. Eine betrügerische Denkschrift des früheren Reichstagesabgeordneten Dr. Witzelmann existiert nicht.

Die Generalstreikbewegung in Frankreich. „Journal des Débats“ schreibt, daß die französische Regierung Maßnahmen ergreife gegen die von den Syndikaten für Februar angekündigte Generalstreikbewegung in Frankreich. Die Behörden seien mit weitgehendem Wohlwollen verfahren.

Torpedier. Der Sueder-Dampfer „Arbana“ (18466 Tonnenn) mit 40 Passagieren und 200 Mann Besatzung wurde auf der See von der italienischen U-Bootflotte torpediert. Alle konnten sich in die Boote retten und wurden gerettet. Man hofft, den Dampfer in den Hafen bringen zu können.

Ein internationaler Katholikentag in Paris. Die Genfer „Revue“ berichtet, daß heute in Zürich eine internationale Katholikentag eröffnet werden soll. Wie werden Delegierte Deutschlands und Hollands teilnehmen, darunter auch der Abgeordnete Erzberger. Nach wird eine Anzahl französischer Persönlichkeiten erwartet.

Ein selbstloser Fund. In Zürich hat die Kantonalpolizei in einer Scheune im vierten Stadtkreis eine Menge Silber entdeckt, die Revolver, Handgranaten und revolutionäre Flugblätter in italienischer Sprache enthielten. Das gefundene Material wurde beschlagnahmt. Ueber seine Herkunft wird erst die Untersuchung Aufschluß geben. Nach der „Nationalzeitung“ befand sich ein Teil der gefundenen Munition in der Originalpackung einer italienischen Waffe.

Die fünfte italienische Kriegsanleihe. Die „Reichs-Allg. Ztg.“ meldet: Auf die fünfte italienische Kriegsanleihe wurden bis zum 30. Januar 1918 100 Millionen Lire gezeichnet, davon 100 Millionen in bar. Englische Torpedoboot gesunken. Das englische Torpedoboot „Dagard“ am 30. Januar im Kanal gesunken; drei Mann sind umgekommen.

Verhaftung von Rumänen in Rußland. Nachdem es nunmehr zu einem endgültigen Bruch zwischen Rußland und Rumänien gekommen ist, hat Lenin einen Beschluß erlassen, alle sich in Rußland aufhaltenden rumänischen Untertanen zu verhaften. Dieser Beschluß wurde allen rumänischen Städten telegraphisch übermittelte; sowohl in Petersburg als auch in der Provinz ist man zur sofortigen Verhaftung des Befehls geschritten.

Die Kalandars in Ostpreußen. Wie Stockholm Zeitungen berichten, traf in Stockholm eine aus 8 Mitgliedern bestehende Kommission von den Kalandars ein, welche die Aufgabe hat, dem Wünsche der Kalandars nach Vereinigung mit Schweden Ausdruck zu geben.

Englands proklamiert einen selbständigen Judenstaat. Wie das „Berliner Tageblatt“ erzählt, wird die englische Regierung dieser Tage einen selbständigen Judenstaat Palästina proklamieren mit der Hauptstadt Jerusalem. Die jüdischen Staaten sollen neutralisiert werden.

Von Stadt und Land.

Am 31. Januar.

Arbeitsangelegenheiten. Soldat Willy Richter, wohnhaft Louis Fischerstraße 7, erhielt die Friedrich-August-Medaille in Bronze.

Lebensmittel am Freitag. Auf Marke U I der Bezirkslebensmittelliste: Für Kinder Gasernahrungsmittel, für Erwachsene Graupen und Sago.

Unseres Wides. Ebenso interessante wie zeitgemäße neue Bilder haben wir bei Voigt in der Schneberger Str. ausgestellt: es sind dies allerlei Momentaufnahmen aus der Welt des Krieges, die im gegenwärtigen Augenblicke der Wiedererfassung der Friedensverhandlungen besondere Aufmerksamkeit beanspruchen dürfen.

Soldatenheim an der Ostfront. In der Methodistenkirche, die auf Kaiser Höhe an der Dismarckstraße thronet, sprach gestern Abend Prediger Wäcker über Soldatenheime an der Ostfront. Das kleine, gradlinige Gotteshaus mit seiner gewölbten Schindeldachstuhl war beinahe überfüllt; man sah fast nur Frauen und Mädchen und sah viel jugendliche Gesichter. Kein Wunder: die Mütter, Schwägerinnen, Soldaten haben ein begreifliches Interesse daran, zu erfahren, wie es den geliebten Söhnen draußen ergeht. Amnestie waren es „keine Deute“, die die Hände im Himmel und die Geleier füllten, aber sie kamen mit größter Anteilnahme. Eine Vortragsreihe nach acht trat der Vortragende in selbstgekaufter Uniform — er ist wohl Offizierskassierverwalter — vor die Zuschauerschaft und erglänzte ihnen, daß er selbst bereit wäre eines Soldatenheimes an der Ostfront — in Sold-Ort — zu sein und wie die Soldatenheime, deren es jetzt einige Hundert im Osten und Westen gibt, durch den Deutschen Wehrlichen Studentendund, durch den Nationalverein westdeutscher Junglingsbünde und durch den Berliner Ausschuss zur Errichtung von Soldatenheimen im Osten begünstigt worden sind. Dieser erhellenden Uebersicht ließ Prediger Wäcker sofort die Illustration durch eine große Reihe von Lichtbildern folgen, die den Aufbau eines Heimes und dessen Verhältnisse zeigten. Vor allem aber wurde das Soldatenheim in Wilmersdorf durch die Selbstlosigkeit und Gopferlichkeit seiner Arbeiter. Es ist in einem unermesslichen Gebiete

nahe völlig verlassen vorhanden. Die Wäcker zur Einrichtung des Heimes hatte man überall in der Stadt „requiriert“, wie der lebenswürdig-beschönigende Ausdruck lautet. Die Soldatenheime sollten dem zur Front gehenden und von der Front kommenden Soldaten für wenige Stunden oder Tage einen behaglichen Ruhepunkt bieten für seine seelische und geistige Sammlung und für seine körperliche Erholung. Und in dieser Beziehung, — das zeigten die schönen Bilder der Heime in Wilmersdorf, Biala, Biala, am Strich, in Sold-Ort, in Barna (Sulgarien) in der Türkei usw. — hat es eine nach weisen Grundsätzen verfaßte Militärverwaltung an nicht fehlen lassen, so daß man die Gefühle der Dankbarkeit voll auf begreift, mit denen die Soldaten, die in diesen Heimen sich aufhalten durften, der dort verbrachten Stunden gedenken. Zweifellos sind von den jetzt verlebten Soldatenheimen sehr wertvolle moralische Erfahrungen ausgegangen und wenn einmal die Geschichte dieses Krieges geschrieben wird, dann wird man ihrer als eines Faktors von großer ethischer Bedeutung nicht vergessen dürfen. — Mit großer Spannung folgten die Zuschauer den in „enthüllendem“ Humor erfüllten Erläuterungen des Predigers Wäcker. Nach dem letzten Bilde sprach dieser mit seiner weichen, sympathischen Stimme ein Wort, das in seine Friedenswünsche amtielt und es war ein ergreifender Augenblick, als die Menge in dem unbeschriebenen Gotteshaus, die Häupter in tiefer Zuhörigkeit gesenkt, mit dem Prediger ihre Gebete um ein baldiges Ende der Kriegszeit zum Himmel sendete.

Kongert für das Kinderheim in Aue. Zu dem, wie schon mitgeteilt, am Sonntag 6 Uhr abends im Bürgergarten stattfindenden Kongerte fürs Kinderheim in Aue wird uns geschrieben: Frä. Schweitzer-Beipzig, in Aue bereits wohl bekannt, wird wieder von Künzler, Weinzierl und Lange fingen. Den Hauptteil bilden moderne erste und zweite Frauensätze der noch vorerwähnten Weinzierl-Hofkapellmeister Berger und Arnold Weindelsohn, einem Verwandten des berühmten Jellig-Himmelsboote, sein geachtete Beispielmaler, die zum Unterhaltungsgebot, was auf diesem wenig gepflegten musikalischen Felde geübt werden kann. Auch die verbindende Kammermusik bringt Originalität; sondern welche Wiener Deos von R. Fuchs und prächtige Symphonische Phantasien für Klarinetten und Violine aus des Meisters letzter Schaffenszeit. Uebrig, bekannte Rippfächer, ebenfalls von Schumann, Revet die 1848rige Gretel Schurig bei, um ihre besondere Veranlagung zu erweisen. Ein Besuch des Kongertes sei daher allen Musikfreunden bestens empfohlen.

Dresden, 30. Januar. Wegen Kriegsbergehens hatte sich der Kaufmann Gustav Witz mit dem besten Handwerker zu veranlassen. Es wird ihm zur Last gelegt, im Jahre 1918 sich bei dem Verkauf von Salz und Soda der Preissteigerung schuldig gemacht zu haben. Witz wurde zu der hohen Strafe von 8000 Mark oder 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Weiden, 30. Januar. In ihrer Wohnung an der Weidenstraße wurden infolge Gastbesuchung die Frau des Handwerkmanns Riedel betäubt und ihre beiden Kinder, die 1907 geborene Tochter Gertrud und der 1904 geborene Sohn Friedrich, tot in ihren Armen aufgefunden. Es liegt wahrscheinlich Mord und Selbstmord vor. Die Ehe Riedels war seit längerer Zeit eine unglückliche. Sie litt auch die Ursache sein, die die Mutter zu dieser schrecklichen Tat getrieben hat.

Letzte Drahtnachrichten.

10000 Tonnenn versenkt! (Mittelh.) Berlin, 30. Januar. Infanterie-U-Boote stellen im mittleren und südlichen Mittelmeer täglich 10000 Tonnenn versenkt. Die Besatzung der versenkten U-Boote wird in Italien befreit; u. a. wurden zwei große Dampfer aus einem durch zahlreiche Bewacher und U-Bootejäger gesicherten Geleitzug befreit.

Der Sieg des Admiralstabes von Rom. Berlin, 30. Januar. Auf den Seeverkehr nach Italien wird unser U-Bootekrieg geradezu verheerend. Popola Romana zufolge schätzt der italienische Finanzminister den Verlust der italienischen Handelsflotte im Verlauf dieses Krieges auf 55 v. H. Diese Entwidlung erfüllt uns Deutsche mit umso größerer Beunruhigung, als das Vertrauen auf die freie Schifffahrt für Italien die selbstverständliche Voraussetzung bildet zu seinem Verrat am Dreilund und zum Anschluß an England. Nun steht die Einfuhr von Rohstoffen, Erzeugnissen und Lebensmitteln. Die Eisenbahnen und selbst die Kriegsindustrie leiden Not. Italien ist völlig auf die Gnade Englands angewiesen, das die Front in Venetien als Rohstofflieferant behandelt und nur hilft, wenn Italien weitere Opfer für die eigenmächtigen Pläne der Entente bringt.

Weitere U-Boote-Opfer. London, 30. Januar. Knittel wird gemeldet: Der Transportdampfer Kragen (14985 Tonnenn) der Royal Mail Company wurde am 30. Dezember im südlichen Teile des Mittelmeeres torpediert und zum Sinken gebracht. Ein britischer Torpedojäger wurde, als er bei dem Versinken des Dampfers anwesend war, ebenfalls torpediert und versenkt. Das britische U-Boot-Comando (1021 Tonnenn) wurde am 31. Dezember an ungefähr derselben Stelle auf eine Mine getroffen und gesunken. Von dem Dampfer Kragen sind 4 Schiffsbesatzungsmitglieder, darunter der Kapitän, 18 Mitglieder der Besatzung, 18 Tonnenn und 581 Personen ums Leben gekommen. Von dem Dampfer Comand sind 3 Schiffsbesatzungsmitglieder, darunter der Kapitän, 51 Mitglieder der Besatzung, 1 Tonnenn, 100 Tonnenn und 3 Schiffsbesatzungsmitglieder ums Leben gekommen.

Was Creght will. Berlin, 30. Januar. Der englische Minister Creght hat sich heute in der Unterhausrede über die Lage der Dinge in Italien geäußert. Er hat sich über die Lage der Dinge in Italien geäußert. Er hat sich über die Lage der Dinge in Italien geäußert.

